

Plenaranfrage vom 30.06.2016

zum Thema „**Erweiterung der Räumlichkeiten des Mütterzentrums**“

Im Rahmen der Übergabe des Jahresberichtes durch die Geschäftsführung des Mütterzentrums habe ich erfahren, dass der Bedarf ständig steigt und die Räumlichkeiten im Gebäude den Anforderungen entsprechend nicht mehr ausreichend sind. Außerdem würde das Mütterzentrum neben der Kinderkrippengruppe auch gern eine Kindergartengruppe betreiben. Hierfür wären die Räume zusätzlich im Obergeschoss sehr gut geeignet. Im Obergeschoss sind derzeit die Büroräume des Kinderschutzbundes. Uns wurde berichtet, dass für den Kinderschutzbund laut eigenen Aussagen auch kleinere Räumlichkeiten ausreichen würden. Angesichts des ständig steigenden Bedarfs auch an Kindergartenplätzen sollten wir jede Möglichkeit zur Schaffung nutzen und den Trägern, die sich dazu bereit erklären, jede mögliche Unterstützung bieten.

Ich bitte Sie daher folgende Fragen zu beantworten bzw. Maßnahmen zu ergreifen:

- Ist mit den Verantwortlichen schon einmal darüber gesprochen worden bzw. kann dies veranlasst werden?
- Gibt es von Seiten der Stadt eventuell andere/geeignete Räumlichkeiten für den Kinderschutzbund, mit denen auch die Verantwortlichen gut auskommen können?
- Ist es dann möglich, dem Mütterzentrum auch die oberen Räume zu vermieten?

gez.
Anja König

Die Anfrage der Frau Kollegin Anja König beantworte ich wie folgt:

Die Geschäftsführerin des Mütterzentrums ist an das Jugendamt herangetreten. Bis jetzt gab es aber nur oberflächliche Gespräche. Ausweislich der aktuellen Jugendhilfeplanung im Teilbereich Kindertagesbetreuung besteht ein offener Bedarf an Kindergartenplätzen, so dass der Antrag eine genauere Überprüfung rechtfertigt.

Grundsätzlich wären die Flächen im 2. Obergeschoss des Gebäudes für die Unterbringung einer Kindergartengruppe ausreichend, allerdings ist die Erschließungssituation und die Unterbringung im 2. Obergeschoss keinesfalls optimal und bedarf einer genaueren Prüfung. Defizite gibt es auch im Freianlagenbereich, wo die zur Verfügung stehenden Flächen sehr begrenzt sind.

Nach derzeitigem Sachstand können auch keine geeigneten Ersatzräume für den Kinderschutzbund zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung wird weitere Abstimmungsgespräche mit den Beteiligten führen und dem Stadtrat nach eingehender Prüfung berichten.

Landshut, den 20. Juli 2016

Hans Rampf
Oberbürgermeister